

Bundesamt für Justiz
Frau Judith Wyder
Bundesrain 20
3003 Bern

10. März 2014

**Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Adoption)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum eingangs erwähnten Entwurf. Die EVP lehnt die vorgeschlagenen Änderungen ab und beantragt, auf die geplante Vorlage zu verzichten. Diese ist nicht geeignet, das Adoptionsrecht auf eine sinnvolle Weise weiterzuentwickeln. Insbesondere lehnt die EVP den gewichtigen Paradigmenwechsel bei der Einzeladoption sowie die Ausdehnung der Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften oder für Paare in eingetragenen Partnerschaften ab.

1. Allgemeine Bemerkungen

Mit dem Wohl des Kindes hat das Adoptionsrecht ein sehr hohes Rechtsgut zu schützen. Es muss deshalb hohen Anforderungen genügen. Entsprechend sorgfältig und umsichtig muss sich der Gesetzgeber bei Anpassungen ans Werk machen. Diese Voraussetzung ist für die EVP mit dem vorliegenden Entwurf teilweise nicht erfüllt. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, den Schutz des Kindeswohls sicherzustellen. Alle anderen Zielsetzungen haben sich diesem primären Ziel unterzuordnen. Gerade bei zentralen Neuerungen – dem Paradigmenwechsel bei der Einzeladoption oder der Ausdehnung der Stiefkindadoption – stehen in erster Linie jedoch die Wünsche der Adoptionswilligen im Vordergrund und nicht jene der zu adoptierenden Kinder. Entsprechend kritisch müssen diese Forderungen begutachtet werden.

Im erläuternden Bericht wird immer wieder auf die Prüfung im Einzelfall verwiesen. Diese ist zweifelsohne wichtig, bedarf jedoch klarer, gesetzlicher Leitplanken und Richtlinien. Sonst droht ein uneinheitlicher Vollzug, im schlimmsten Fall behördliche Willkür. Gerade weil das Adoptionsrecht hohen Anforderungen genügen muss, ist die zu unbedachte Delegation an die Einzelfallprüfung zu vermeiden.

Schliesslich vermisst die EVP einen sauberen Aufbau und eine innere Logik der Vernehmlassungsunterlagen. Die Vorlage ist insgesamt ungenügend durchdacht. Es liegen weder Studien vor, noch gibt es

Hinweise auf den Beizug von Experten. Ferner wird im Zusammenhang mit der Stiefkindadoption für faktische Lebensgemeinschaften immer von einer „Variante“ des Bundesrates gesprochen, diese im Gesetzesentwurf jedoch nie als solche gekennzeichnet. Regelrecht rügen muss die EVP den Umstand, dass der gewichtige Paradigmenwechsel bei der Einzeladoption im erläuternden Bericht weder in der Zusammenfassung noch in der Herleitung der Vorlage erwähnt, sondern erst bei den Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen kurz gestreift wird. Mit einem solchen Versteckspiel schafft man keinen Goodwill für die beabsichtigten Neuerungen.

Im Gegenteil ist eine eigentliche Salami-Taktik festzustellen: Die Einzeladoption soll verheirateten Personen zugänglich gemacht werden, damit sie anschliessend auch für Personen in eingetragener Partnerschaft erstritten werden kann. Ähnliches gilt für die Stiefkindadoption für Personen in faktischen Lebensgemeinschaften: Ist diese einmal eingeführt, kann sie auch Paaren in eingetragener Partnerschaft nicht mehr verwehrt werden. Und weil die Stiefkindadoption lesbische Paare klar bevorteilt, wird schon bald mit Fug und Recht die Volladoption für alle verlangt werden dürfen. Die EVP erteilt einem solch taktisch gestaffelten Vorgehen eine klare Abfuhr.

2. Zur Ablehnung beantragte Neuerungen

2.1. Einzeladoption für verheiratete Personen

Mit der Vorlage soll ein eigentlicher Paradigmenwechsel bei der Einzeladoption herbeigeführt werden. Nach geltendem Recht ist Ehepaaren im Normalfall nur die gemeinschaftliche Adoption erlaubt. Die Einzeladoption ist nur dann zulässig, wenn die gemeinschaftliche Adoption nicht möglich ist, z.B. weil ein Ehepartner dauerhaft urteilsunfähig ist oder wenn die Ehe seit mehr als 3 Jahren gerichtlich getrennt ist. Neu sollen verheiratete Personen frei wählen können zwischen der gemeinschaftlichen Adoption und der Einzeladoption. Für letztere ist nicht mal ein Einverständnis des Ehepartners/der Ehepartnerin notwendig. Es reicht gemäss Entwurf aus, die „Einstellung des Ehegatten (...) zu würdigen“, was auch immer das heissen mag.

Eine Adoption stellt alle Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Es ist für die EVP deshalb unbestritten, dass ein Kind nach Möglichkeit nur in eine stabile Zweierbeziehung hinein adoptiert werden sollte – für die EVP ist dies die Ehe zwischen Mann und Frau. Eine rechtlich gesicherte und auf Dauerhaftigkeit angelegte Zweierbeziehung hat die besseren Chancen diese erhöhten Herausforderungen einer Adoption zu meistern als es eine Einzelperson hätte. Deshalb ist es überhaupt nicht angezeigt, die Einzeladoption weiter zu öffnen – schon gar nicht derart unreflektiert, wie es der Bundesrat mit seiner Vorlage tun will.

Völlig schleierhaft ist für die EVP weiter, wie eine Einzeladoption durch eine verheiratete Person mit dem Wohl des Kindes zu vereinen sein soll. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dadurch eine komplizierte Interessenlage im Dreieck zwischen Frau, Mann und dem nur von einem Ehegatten adoptierten Kind entsteht, welche ein erhebliches Konfliktpotential birgt. Hier genügt der Hinweis auf die Einzelfallprüfung nicht. Für die EVP ist die aktuelle gesetzliche Regelung sehr gut begründet, wonach Ehepaare in den allermeisten Fällen nur gemeinschaftlich adoptieren können. Wer verheiratet ist, soll für ein adoptiertes Kind auch gemeinsam die Verantwortung wahrnehmen. Die EVP sieht überhaupt keine Notwendigkeit, von diesem bewährten Grundsatz abzurücken, zumal sich der parlamentarische Auftrag in der Motion 11.4046 ausschliesslich auf die Stiefkindadoption beschränkt.

Schliesslich empfindet es die EVP als sehr störend, um nicht zu sagen unredlich, dass dieser einschneidende Paradigmenwechsel im erläuternden Bericht erst in Kapitel 6 und nur am Rande erwähnt wird.

2.2. Einzeladoption für Personen in eingetragener Partnerschaft

Im Lichte der vorstehenden Ausführungen wird deutlich, dass die im erläuternden Bericht auf Seite 25 behauptete Ungleichbehandlung einer Person in eingetragener Partnerschaft gegenüber einer verheirateten Person eben gerade nicht besteht: Auch eine verheiratete Person hat heute keinen Zugang zur Einzeladoption; die Ausführungen im erläuternden Bericht sind schlicht falsch. Weiter ist festzuhalten, dass Einzeladoptionen sehr selten sind (2% der Fälle) und so gut wie nie Kinder betreffen. Es gibt keine wie immer geartete Notwendigkeit, die Einzeladoption für Personen in eingetragener Partnerschaft zu öffnen.

2.3. Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften (Variante)

Die EVP lehnt die Stiefkindadoption für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften ab. Zwar wäre eine verbesserte Stellung der betroffenen Kinder grundsätzlich zu begrüssen. Es ist jedoch festzuhalten, dass in den allermeisten Fällen einer Heirat der Lebenspartner nichts im Wege steht und im Anschluss daran die Adoption der Stiefkinder bereits nach dem geltenden Recht möglich ist. Will jemand nicht heiraten, muss er/sie sich die Frage gefallen lassen, weshalb er/sie dann die Kinder der Partnerin/des Partners adoptieren möchte. Es geht hier auch um eine sinnvolle Reihung der zivilrechtlichen Institute: zuerst Heirat, dann Adoption.

Für das Wohl des Kindes ist eine sichere, feste, auf Dauer angelegte Paarbeziehung der Eltern entscheidend. Diese Qualität soll unverheirateten Paaren keineswegs abgesprochen werden. Sie haben jedoch jederzeit die Möglichkeit, ihre feste und dauerhafte Absicht zur Beziehung mit einer Heirat zu bekräftigen. Die Aufgabe des Gesetzgebers ist es nicht, das Adoptionsrecht der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen, sondern Anreize dafür zu schaffen, dass Kinder unabhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung in rechtlich gesicherte, auf Dauer angelegte Paarbeziehungen hinein adoptiert werden. Die Beschränkung der Stiefkindadoption auf Verheiratete ist dazu ein geeignetes Mittel.

Zweitens ist diese Lösung auch im Vollzug sehr einfach. Die Dauer einer Ehe kann im Rahmen des Adoptionsverfahrens leicht überprüft werden. Hingegen fehlt bei der faktischen Lebensgemeinschaft der nach aussen sichtbare, formale Akt, der erkennen lässt, dass die adoptionswilligen Personen von einer gewissen Beziehungstabilität ausgehen. Die Feststellung, ob eine faktische Lebensgemeinschaft bereits während der geforderten Zeitdauer besteht, ist immer mit Unsicherheiten verbunden. Der Bundesrat schlägt vor, auf die Dauer des gemeinsamen Zusammenlebens abzustellen. Doch auch dieses Kriterium kann nur als Krücke betrachtet werden und ist weiter nur relativ umständlich zu belegen.

Zum im erläuternden Bericht beschriebenen Fall Emonet: Dieser ist tatsächlich unverständlich und hätte unbedingt vermieden werden müssen. Dazu wäre es nach unserem Dafürhalten jedoch völlig ausreichend gewesen, wenn die Lebenspartner von den Behörden vor der Adoption darauf aufmerksam gemacht worden wären, dass das Kindesverhältnis der leiblichen Mutter zu ihrer Tochter mit der Einzeladoption des Kindes durch den Lebenspartner erlöschen wird, sie dies aber mit einer vorherigen Heirat vermeiden könnten. Dieser auf mangelhafte Information zurückzuführende Einzelfall bedarf keiner gesetzlichen Regelung.

Nicht zuletzt sind solche Vorschläge bestens dazu geeignet, das ganz grosse zivilrechtliche Durcheinander herbeizuführen, mit unabsehbaren Auswirkungen auf die verschiedensten Rechtsbereiche. Es können sich dadurch leicht neue Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen ergeben. Für die EVP ist nicht ersichtlich,

weshalb ohne Not das ganze Zivilrecht umgekrempelt werden soll. Sie beantragt aus den oben genannten Gründen auf die Stiefkindadoption für Paare in faktischer Lebensgemeinschaft zu verzichten.

2.4. Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft

Die EVP lehnt die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft ab. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass von einer allfälligen Öffnung der Stiefkindadoption für Paare in eingetragenen Partnerschaften nur ganz wenige Kinder betroffen wären, die in eine Gemeinschaft von Mann und Frau hineingeboren worden sind und nun von einem neuen, gleichgeschlechtlichen Partner des einen Ehepartners adoptiert werden sollen. Bei diesen Fällen sind fast immer beide leibliche Eltern noch vorhanden und bekannt. Eine Adoption durch die neue Partnerin/den neuen Partner wäre nur mit der Einwilligung des andersgeschlechtlichen Elternteils möglich. Diese dürfte meist nicht erteilt werden. Es handelt sich deshalb schweizweit um einige wenige Fälle.

Selbst wenn der andersgeschlechtliche Elternteil seine Einwilligung zur Adoption durch die neue Partnerin/den neuen Partner seiner Ex-Partnerin/seines Ex-Partners geben würde, mithin also dem Erlöschen des Kindsverhältnisses zum eigenen Kind zustimmen würde, ist es höchst fraglich, ob eine solche Adoption mit dem Kindeswohl zu vereinen wäre. Dem Kind würde nach dem Schock der Trennung seiner Eltern, der sexuellen Neuorientierung des verbleibenden Elternteils und dem Einzug eines neuen Partners/einer neuen Partnerin viertens auch noch der Verlust der leiblichen Mutter/des leiblichen Vaters zugemutet. Auf die Scheidung der Eltern würde mit der Adoption eine zweite, nun aber definitive Trennung vom einen leiblichen Elternteil folgen. Zusätzlich verliert das Kind alle Grosseltern, Tanten, Onkel und weitere Verwandte von dieser Seite. Es ist nachgerade die Pflicht des Staates, eine solche Belastung des Kindes zu verhindern. Die Vorbehalte gegenüber der Stiefkindadoption, welche im erläuternden Bericht ab Seite 22 eindrücklich festgehalten sind, gelten in diesem Fall erst recht.

Weiter besteht die Gefahr, dass die Stiefkindadoption vom verbleibenden Elternteil dazu benutzt wird, den anderen Elternteil aus dem Leben des Kindes zu drängen. Das wiegt besonders schwer, weil dieser Elternteil angesichts des neuen Paares immer der andersgeschlechtliche und zudem in der Minderheit ist. Es kann für alle Betroffenen auch ein Schutz sein, wenn sich die Frage der Stiefkindadoption gar nicht stellt. Das Kind kann so z.B. mit der leiblichen Mutter und deren neuen Partnerin aufwachsen, behält aber zeitlebens seinen leiblichen Vater. Nüchtern betrachtet ist das für das Kind in den allermeisten Fällen die mit Abstand beste Lösung.

Von den obenstehenden Erwägungen sind jene Fälle zu unterscheiden, bei denen Kinder in eine bereits bestehende gleichgeschlechtliche Beziehung hineingeboren worden sind. Das ist z.B. dann denkbar, wenn der Vater als Samenspender anonym geblieben ist. Ganz abgesehen vom Umstand, dass bei dieser Ausgangslage durch die Einführung der Stiefkindadoption neue Ungerechtigkeiten geschaffen würden, weil lesbische Paare sehr viel leichter zu einem Kind kommen als schwule Paare, ist hier zu bedenken, dass das Kind im Wissen geboren worden ist, dass eine Stiefkindadoption im geltenden Recht nicht möglich sein wird. Die Konsequenzen wurden also mehr oder weniger bewusst in Kauf genommen, weshalb nachträglich eine behauptete Diskriminierung des betroffenen Kindes schwieriger geltend zu machen ist.

In beiden Fällen (bereits aufwachsende Kinder/mit Blick auf eine Stiefkindadoption gezeugte Kinder) ist zudem zu berücksichtigen, dass die familienrechtliche Position des Stiefkindes auch bei eingetragenen Partnerschaften so schlecht gar nicht ist: Es ist das leibliche Kind des einen Ehegatten und mit dem anderen verschwägert (Art. 21 ZGB). Dieser hat dem leiblichen Elternteil in der Erfüllung der Unterhaltspflicht und

der Ausübung der elterlichen Sorge gegenüber dem Stiefkind in angemessener Weise beizustehen (Art. 27 Abs. 1 PartG).

Weiter ist daran zu erinnern, dass die von der Schweiz ratifizierte Kinderrechtskonvention ein Recht auf Eltern vorsieht und es in der Natur der Sache liegt, dass man darunter einen Vater und eine Mutter versteht. Dank dem Zweigespann Mutter/Vater, das dem Leben zugrunde liegt, kann das Kind seine Herkunft und damit einen wesentlichen Teil seiner Identität nachvollziehen. Es hat die besten Voraussetzungen für seine Entwicklung, wenn es in der Geschlechterspannung von Mutter und Vater aufwachsen kann. Hingegen wird ein Kind, das – entgegen der biologischen Fakten – im Bewusstsein aufwächst, seine Eltern seien zwei Frauen oder zwei Männer, in seinem Wissen um seinen Ursprung, seine Herkunft und seine Identität in unzulässiger Weise beeinflusst. Es geht nicht an, dem Kind wissentlich und willentlich Vater oder Mutter vorzuenthalten.

Schliesslich war der Ausschluss der Adoption ein wesentlicher Grund dafür, dass das Partnerschaftsgesetz in der Volksabstimmung angenommen worden ist. Aus diesem und den oben genannten Gründen ist auf die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft zu verzichten.

3. Nicht umstrittene Neuerungen

Die nachstehenden Vorschläge werden von der EVP nicht bestritten und können allenfalls in einem separaten Entwurf oder zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Mindestalter der Adoptiveltern

Die EVP begrüsst den Vorschlag des Bundesrates, das Mindestalter für adoptionswillige Personen zu senken. Die heute geltende Altersgrenze von 35 Jahren ist übertrieben und auch im internationalen Vergleich hoch. Der Bundesrat will das Mindestalter auf 28 Jahre senken, für die EVP wären auch 30 Jahre denkbar.

Mindestaltersunterschied

Auch im neuen Recht soll zwischen Adoptiveltern und Adoptivkind ein Mindestaltersunterschied von 16 Jahren bestehen müssen – neu allerdings mit der Möglichkeit von Ausnahmen. Die EVP begrüsst diese Erleichterung, um beispielsweise die Ungleichbehandlung von Geschwistern zu vermeiden.

Höchstalter der Adoptiveltern oder Höchstaltersunterschied

Mit der Revision soll der auf Verordnungsstufe festgelegte Höchstaltersunterschied von 45 Jahren zwischen Adoptiveltern und Adoptivkind ins Gesetz übernommen werden – auch hier mit der Möglichkeit von Ausnahmen, wenn es zur Wahrung des Kindeswohls erforderlich ist.

Vorausgesetzte Ehedauer

Der Vorschlag des Bundesrates sieht vor, die Mindestdauer einer Ehe als Voraussetzung für eine gemeinschaftliche Adoption von bisher fünf auf neu drei Jahre zu senken. Für die EVP ist es von grosser Wichtigkeit, dass Kinder von möglichst stabilen und auf Dauerhaftigkeit angelegten Familien adoptiert werden. Da jedoch auch nach fünf Jahren Ehe keine Garantie für deren weiteren Fortbestand vorliegt, erklärt sich die EVP mit der Neuerung einverstanden. Weiter wäre es wenig sinnvoll, das Mindestalter für Adoptionswillige zu senken, wenn dafür Adoptionen vermehrt – erst recht aufgrund der späteren Eheschliessungen – an der Mindestdauer der Ehe scheitern oder zumindest deswegen aufgeschoben werden müssten.

Lockerung des Adoptionsgeheimnisses

Auch die Bestimmungen zur Lockerung des Adoptionsgeheimnisses erscheinen der EVP ausgewogen und angebracht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier